

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 19

Artikel: Angola-Zwischenbilanz
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093020>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ist vielleicht weniger bei Saddam Hussein zu suchen als gerade bei jenen, die sich anschicken, ihn zur Strecke zu bringen.

Die Entwicklung des Tyrannen am Tigris verdeutlicht nämlich – oder sollte es verdeutlichen –, dass gewalttätige Systeme nur dann zu einer ernsthaften Bedrohung der Völkerfamilie werden, wenn ihnen die humanen, sozialen, demokratischen und freiheitlichen Staaten dabei helfen. Das ist das Symptom der Krise, buchstäblich das Merkmal der Krankheit.

Und Wesenszug der allgegenwärtigen Krankheit ist, sich aus der Verantwortung zu stehlen, diese nicht zu übernehmen. Das heisst, es lebte sich bisher in der politisch und wirtschaftlich zweigespalteten – zwischen Ost und West auseinanderfallenden – Welt im Grunde recht bequem, in Freizeit und Luxus und einem grossen Mass an Gedankenlosigkeit. «Man» konnte sich aus der Verantwortung heraushalten, da diese zu übernehmen doch recht unbequem war (ist) und einem eine Stellungnahme, einen Einsatz abverlangt.

Zweierlei Mass

«Man» liess es gerade sein, wenn der Diktator mit Rezepten und Laboratorien zur Herstellung von Giftgas – möglicherweise auch der Atombombe –, mit Panzern, Raketen und Präzisionswerkzeugmaschinen für die eigene Rüstungsindustrie sowie mit technischen und militärischen Beratern ausgestattet wurde.

«Man» liess es gerade sein – auch die Weltgewissen genannten Vereinten Nationen –, als der so ausgestattete und hochgerüstete Irak den international wenig geschätzten Nachbarstaat Iran überfiel und acht Jahre mit Krieg überzog. Im Grunde zog «man» diese aggressive Vorgehensweise gegen den von Ayatollah Khomeini entzündeten sogenannten islamischen Fundamentalismus vor, statt sich geistig mit dem Phänomen auseinanderzusetzen. Zu den zwingenden Gesetzen des Weltenlaufs gehört, dass es nicht ein «Recht auf Bequemlichkeit» gibt, aber eine Pflicht zur Übernahme von Verantwortung.

«Man» liess es auch gerade sein, als Saddam Hussein mit Giftgas gegen die beachtliche nationale Minderheit der Kurden vorging. Derart ermuntert (ob soviel Verantwortungslosigkeit der «Welt»), war es nur logisch, dass er als nächstes «halb Israel» mit Giftgas auszulöschen gelobte.

«Man» hielt – oder hält sich noch? – aus der «Wahrheit der Zeit» heraus, erlaubt da und dort ein bisschen Terrorismus, eine oder mehr Geiselnahmen, nimmt ein bisschen Angriffskrieg hin und akzeptiert, dass Handel und Profit das sogenannte Völkerrecht bestimmen. So gesehen, sollte «man» sich letztlich nicht über die Konsequenzen wundern.

j. b.

Jacques Baumgartner

Angola-Zwischenbilanz

Ergebnislos verlief Ende August in Lissabon die dritte Verhandlungsrunde zwischen der MPLA und der Unita. Nach den jüngsten militärischen Niederlagen der MPLA-Regierungsgruppen gegen die Unita-Widerstandsbewegung im seit 15 Jahren dauernden angolischen Bürgerkrieg schien sich eine politische Wende abzuzeichnen. Vor den unter portugiesischer Schirmherrschaft geführten Gesprächen hatte das marxistische Regime seine Bereitschaft bekundet, die Unita als politische Partei anzuerkennen. Offenbar war aber die MPLA-Verhandlungsdelegation nicht befugt, ein entsprechendes Grundsatzdokument zu unterzeichnen. Die Verhandlungen sollen in der zweiten Septemberhälfte fortgesetzt werden.

Jamba, Anfang September

In seinem im äussersten Südosten von Angola gelegenen Hauptquartier in Jamba, der «provisorischen Hauptstadt», äusserte sich der Präsident der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita), Jonas Malheiro Savimbi, enttäuscht über den Ausgang der bisherigen drei Verhandlungsrunden. Seine Organisation sei in diese Verhandlungen mit der Erwartung gegangen, eine Vereinbarung zu treffen, «die für Angola Frieden und Demokratie bedeutet hätte.»

Abgesandte der Volksbewegung zur Befreiung Angolas/Arbeiterpartei (MPLA-PT) und der Unita trafen sich am vergangenen 24. April im portugiesischen Evora zum ersten Direktgespräch. Vorgängig dieser Begegnung über «Verhandlungen über Verhandlungen» hatten MPLA-Regierungsgruppen (Fapla) an zwei Frontabschnitten in Südangola, an der «Grenze» des von der Unita kontrollierten Gebietes, ihre bisher grössten Offensiven gegen die Widerstandsbewegung eröffnet und dabei bei Mavinga und Savatee erneut empfindliche militärische Niederlagen erlitten.

Forderungen der Unita

Die Unita hatte schon für Juni einen erneuten Waffenstillstand – ein Jahr nach der brüchigen, im zairischen Gbadolite vereinbarten Waffenruhe – vorgeschlagen, was aber von der MPLA abgelehnt worden war. Die Unita erwartete als Ergebnis der dritten Verhandlungsrunde beziehungsweise nannte als Vor-

aussetzung für die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes die Anerkennung ihrer «Legitimität als Oppositionspartei» durch die MPLA und «eine klare Aussage» der MPLA darüber, wie sie sich ein zukünftiges Mehrparteiensystem vorstelle. Eine weitere Bedingung der Widerstandsbewegung sind «freie und demokratische Wahlen in Angola». Von keiner dieser Positionen ist die Unita bereit, «auch nur einen Fingerbreit abzuweichen».

Ebenfalls erörtert wurde die Vereinigung der beiden Armeen, die Fapla und der Fala. Bis anhin hatte die MPLA auf eine «Integration» der Unita-Streitkräfte in die Fapla bestanden. Für den Unita-Generalstabschef, Arlindo Chenda Isaac Pena «Ben-Ben» bedeutet aber «Integration auf gut afrikanisch so viel wie Liquidation, und wir denken nicht daran, uns – wofür das angolische Volk anderthalb Jahrzehnte lang gekämpft hat – physisch abschreiben zu lassen».

Rat aus Moskau und Washington

Am 25. Juli liess in Luanda Jeffrey Davidow von der Abteilung für afrikanische Angelegenheiten im amerikanischen State Department die MPLA-Regierung wissen, dass seine Regierung «weiterhin die Oppositionsbewegung der Unita unterstütze und nichts unternommen werde, was die amerikanische Unterstützung der Unita beeinträchtigen könne». Vom angolischen Aussenminister Pedro de Castro can Dunem «Loy» war zu hören, der «einzige Hindernisgrund», die Unita als Oppositionspartei anzuerkennen, sei «verfassungsmässiger Natur». Es gäbe keinen Weg, die Unita anzuerkennen: «man» müsse die Verfassung (diese verbietet Oppositionsparteien) ändern, und der nächste MPLA-Kongress sei erst für Dezember geplant.

Moskau und Washington sollen geraten haben, nicht zu zögern und den Kongress «im Interesse des hungernden und des Krieges müden angolischen Volkes» vorzulegen.

Kürzlich warf in der sowjetischen Wochenzeitung «Literaturnaja Gaseta» der Journalist Wladislaw Janelis die Frage «Warum sind wir überhaupt in Angola?» auf. Der Konflikt habe eine besondere Kaste entste-

hen lassen, «die im Krieg nur ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Rechte und zum Wohlstand sieht». Janelis schrieb, er habe mit eigenen Augen die luxuriösen Villen gesehen, die früher der portugiesischen Elite gehörten, in denen jetzt die «Provinzfürher des MPLA-Regimes wohnen». Nur ein paar Schritte weiter verfielen die Hütten der Armen. «Ich habe auch die neuesten Modelle amerikanischer und japanischer Automobile gesehen, mit denen die Militärbeauftragten der Provinz durch die Gegend fahren – und am Strassenrand an Rachitis leidende und ewig hungernde Kinder.»

Laut Janelis lieferte die Sowjetunion vergangenes Jahr unter anderem kostenlos 600 Panzer, 60 Kampflugzeuge, 30 Boden-Luft-Raketensysteme, 1000 Artilleriewaffen, 800 schwere Minenwerfer, 200 gepanzerte Transportfahrzeuge, Hunderttausende von Handfeuerwaffen: «In den vergangenen 15 Jahren haben wir eine afrikanische Variante der sowjetischen Armee in Angola geschaffen, die ohne unsere geistige und materielle Transfusion nicht funktionsfähig ist.»

Die Widerstandsbewegung verweist auf bereits gemachte Zugeständnisse. So habe man den MPLA-Präsidenten, José Eduardo dos Santos, als Oberhaupt der angolanschen Staates und der jetzigen Regierung anerkannt und sich bereit erklärt, einer Übergangsregierung fernzubleiben. Nach den Vorstellungen der Unita sollen die laufenden Staatsangelegenheiten bis zur Abhaltung freier und demokratischer Wahlen von der derzeitigen Regierung wahrgenommen werden.

Mitte Juli hatte der portugiesische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Durano Barroso, in der marokkanischen Hauptstadt Rabat mit Savimbi konferiert und war danach mit einem Schreiben des Unita-Chefs nach Luanda gereist. Aussenminister Joao de Deus Pinheiro hingegen hatte sich zu seinem südafrikanischen Kollegen Roelof «Pik» Botha nach Pretoria begeben. Savimbi selbst informierte anschließend den zairischen Staatschef, Mobutu Sésé Séko, über den «Fortschritt» bei den Verhandlungen mit der MPLA. Mobutu wird nach wie vor als offizieller Vermittler zwischen MPLA und Unita genannt, ist aber nach portugiesischen Regierungsverlautbarungen «an der gegenwärtigen Initiative nicht beteiligt».

Wunschdenken in Luanda?

Die dritte Gesprächsrunde zwischen MPLA und Unita war ursprünglich für den 8. August vorgesehen gewesen, danach – im Anschluss an den irakischen Überfall auf Kuwait – auf Ersuchen der MPLA vorerst auf den 21. August verschoben worden und wurde letztlich auf den 27. festgelegt.

Vermutungen gehen dahin, die MPLA-Regierung rechne angesichts der Golfkrise und dem dortigen amerikanischen Engagement mit vermindertem Druck, sogar mit einem Entgegenkommen seitens Washingtons, dies vor allem mit Blick auf das angolansche Erdöl, das jetzt an Bedeutung für den Westen gewinne. Für die Unita geht diese «Rechnung» nicht auf, da nicht denkbar sei, dass die amerikanische Regierung

die Welt gegen den Tyrannen am Tigris mobilisiert, sich aber heimlich mit dem Regime der MPLA-Machthabenden ins Einvernehmen setze.

Ein offenbar in Luanda vorherrschendes Wunschdenken reflektierte jüngst das in Ost-Berlin erscheinende Organ der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), «Neues Deutschland». Die Zeitung der früheren Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die den angolanschen Staatssicherheitsdienst «Minse» aufbaute und kontrollierte, schrieb, «die Gesten der Verständigung der MPLA-Regierung gegenüber Washington, die grausamen Folgen des anhaltenden Bürgerkriegs und der Dürre sowie die unnachgiebige Haltung der Unita» verstärkten schon seit Wochen den Druck auf die Bush-Administration. Nach dem Kurswechsel der amerikanischen Regierung in der Kambodscha-Frage mehrten sich im Kongress die Stimmen, «die das auch für die Beziehungen zu Angola verlangen». Das menschliche Elend in Angola, «verursacht durch die USA-Politik», sei niederschmetternd.

Geheimabkommen?

Vor Beginn der dritten Gesprächsrunde hatte die Unita der MPLA vorgeworfen, eine neue Offensive in Südan-gola vorzubereiten, wobei Namibia logistische Hilfe leiste. Der von Pena «Ben-Ben» geführte Generalstab der Unita-Streitkräfte (Fala) behauptet in jüngsten Verlautbarungen aus Jamba, «Vorkommnisse» deuteten darauf hin, dass die MPLA eine neue Grossoffensive im Grenzgebiet zu Namibia vorbereite. Die Verteidigungsminister der Volksrepublik Angola und Namibias hätten im vergangenen Mai ein Geheimabkommen geschlossen. Gemäss diesem werde den Fapla-Truppen auf namibischem Territorium «Bewegungsfreiheit und logistische Unterstützung gewährt».

Radio Luanda hatte am 15. Mai berichtet, Namibia sei zur Verteidigung Angolas bereit. Der MPLA-Sender briefte sich dabei auf ein Gespräch des namibischen Aussenministers, Theo-Ben Gurirab, mit der portugiesischen Zeitung «O Publico». Gurirab gab nach Angaben des Blattes an, Namibia stelle Angola «nützliche Information» zur Verfügung. Er bezeichnete die Unita «in ihrer gegenwärtigen Form als eine reaktive Kraft», die von der Volksrepublik Angola gegenüber feindlich eingestellten ausländischen Mächten finanziert werde. Windhuk habe weder eine politische noch eine militärische «Einmischung» im Nachbarland mit der MPLA-Regierung vereinbart.

Ende Juni dementierte das angolansche Verteidigungsministerium in einem Communiqué «kategorisch ausländische Berichte», wonach Fapla-Einheiten auf namibischem Territorium, teilweise in Stützpunkten, die von den Südafrikanern zurückgelassen worden sind, ständen. Diese



Berichte seien Teil einer Desinformationskampagne der «ausländischen Kräfte» mit dem Ziel, den Konflikt zu internationalisieren, um der Unita zu Hilfe eilen zu können.

MPLA auf Umwegen

Nach Angaben von Unita-Generalstabschef Pena «Ben-Ben» errichtete die Fapla am 4. August einen Kommandovorposten in Onjiva. «Logistisch» werde dieser vom namibischen Oshikango über Namacunde und Melunga versorgt. Panzer und Schützenpanzer der sowjetischen Typen T-62 und BMP1 seien nach dem Hafen Namibe (Moçamedes) gebracht worden und erreichten von dort aus über Lubango und Xangongo den Vorposten. Reste der beim «Schluss-Sturm»-Angriff auf Mavinga gescheiterten Fapla-Einheiten würden von Menongue über Lubango nach Xangongo und Ondjiva disloziert.

Der von der Fapla gewählte Umweg von fast 1000 km über das «Dreieck» mit den Schenkelpunkten Menongue, Lubango und Xangongo lässt darauf schliessen, dass die sich über 300 km hinziehende Strasse von Ondjiva nach Menongue und das dazwischen liegende Gebiet – bis zum ehemaligen Natio-

nalpark von Mupa – von der Unita kontrolliert werden.

In ihren Verlautbarungen führt die Unita an, dass ihre Stellungen «an der südlichen Grenze» seit dem 8. August «wiederholt von MiG-23- und Suchoi SU-22 schwer bombardiert» worden seien. Die Unita werde, «um welchen Preis auch immer, das freie Territorium Angolas» verteidigen und der Volksrepublik Angola «ein für allemal zeigen, dass militärische Aktionen den Konflikt nicht zu lösen vermögen».

15 Jahre lang habe die MPLA zusammen mit den Kubanern vergeblich versucht, die Unita zu vernichten. Auch die Hilfe der Sowjetunion, die in diesem Zeitraum Kriegsggerät im Wert von über 20 Mia Dollar «investiert» und mit «Tausenden von Militärberatern» beigestanden sei, habe keinen Erfolg gezeigt. Der Vernichtungs- und bis zum Abzug der Kubaner (aufgrund der Angola-Namibia-Abkommen vom 22. Dezember 1988) auch Okkupationskrieg habe Angola in eine «katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage versetzt» und habe sich «als sinnlos» erwiesen. Bis 1974 sei Angola «mit einer höheren wirtschaftlichen Wachstumsrate als die Staaten Osteuropas» hinter Südafrika das zweitreichste Land Afrikas gewesen. Die MPLA-Regierung wende heute 54 % des Staatshaushaltes für militärische Zwecke auf, während der Erziehung «magere 5 %» zugeteilt würden. Zu den Kriegsauslagen kämen «ungeschätzte Kosten für die Erhaltung der in Angola stehenden ausländischen militärischen Kontingente» hinzu.

Warnung an die Swapo

Es ist denkbar, dass Namibia heute eine wie auch immer geartete logistische Hilfe leistet, zumal die MPLA (und ihre Verbündeten) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) des namibischen Exekutivpräsidenten (beziehungsweise Staatsoberhauptes, Regierungschefs und Armeeeoberbefehlshabers) Sam Nujoma alte Kampfeskameradschaft verbindet und wahrscheinlich gegenseitig verpflichtet.

Die MPLA-Regierung hat dem Nachbarn unlängst für seine Importe und Exporte «uneingeschränkten» Zugang zum Hafen Namibe zugesichert. Namibia möchte die Walfischbucht umgehen, die Südafrika kontrolliert und die der Regierung in Pretoria (noch) als Druckmittel dient, um sich Windhuk Wohlbehagen zu (ver)sichern.

Die Unita hat die Swapo vor «gefährlichen Konsequenzen» gewarnt, die eine (neuerliche) Verwicklung in den angolanischen Konflikt auf der Seite der MPLA nach sich zögen. Vertreter der Widerstandsbewegung bekunden im Gespräch ihre Entschlossenheit, in einem solchen Falle ihre Guerillaoperationen bis nach Windhuk auszudehnen. Und die Swapo wisse, dass die Unita dazu fähig sei:

«Windhuk ist nicht so weit von Jamba entfernt wie Luanda, und wir haben Luanda weitgehend lahmgelegt.» Vor diesem Hintergrund gesehen könnte die Ende Juli zwischen Namibia und Botswana vereinbarte «engere Kooperation», die auch Verteidigung und Sicherheit einschliesst, eine andere Bedeutung erhalten.

Zweite «provisorische Hauptstadt»?

Seit der Niederlage der Regierungstruppen bei Mavinga und im Cunene-Gebiet bei ihrem Versuch, nach Savate vorzustossen, konzentriert sich die Unita auf Luanda. Die Hauptstadt ist seit Wochen nahezu ohne elektrischen Strom und Wasser. Ein zum Fapla-Hauptquartier in Viana gehörendes Munitionsdepot wurde von Unita-Guerillas in die Luft gesprengt. Viana liegt 18 km vor Luanda und war Kommando- und Ausgangsort einer am 3. Juni begonnenen, inzwischen zusammengebrochenen Verteidigungsoffensive gegen Positionen der Unita in Bengo, Cuanza Norte und Uige.

Die Unita errichtete neue Stützpunkte in der Provinz Uige, die an Zaire grenzt, in Maquela do Zombo – das über eine Flugpiste verfügt, auf der amerikanische Hercules-Maschinen mit Nachschub auf Zaire landen können –, Beu und Damba.

Es wird vermutet, dass Unita-Anführer Jonas Savimbi erwägt, in Maquela do Zombo eine zweite «provisorische Hauptstadt» zu errichten, um den Stamm der Bakongo zu ermutigen, sich vermehrt dem Widerstand anzuschliessen. Derlei Spekulationen gab es schon vor einem Jahr, wurden aber von der Unita als Desinformation seitens der MPLA abgetan; heute ist entweder von «Optionen» oder von «man macht Fortschritte an der Nordfront» die Rede.

Die Unita wird vor allem von «Savimbis» Stamm, den Ovimbundus, getragen; im Führungskader der Widerstandsbewegung sind hingegen, in unterschiedlichen Positionen und Funktionen, alle 14 bedeutendsten angolanischen Völker vertreten. Die Ovimbundu sind die bevölkerungsstärkste «Nation» Angolas. Teile der Bakongo-Völker hatten im März 1961 unter der Führung von Holden Roberto mit einem blutigen Aufstand, der auch ein Rückfall in die Barbarei war, den Anfang vom Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft «signalisiert».

Roberto gründete später die Nationale Front zur Befreiung Angolas (FNLA), die sich auf die Bakongo stützte und zusammen mit der MPLA und der Unita 1975 in einer Übergangsregierung freie Wahlen hätte vorbereiten sollen. Den Urnengang verhinderten die Kubaner und die Sowjets, die intervenierten, okkupierten und die MPLA, als ein Kind der portugiesischen Kommunistischen Partei, an die Macht hievt. Die FNLA ist inzwischen von der politischen und der «Kriegsbühne» verschwunden.



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.